



Im postdemokratischen Rechtsstaat?

Grundrechtstag 2019

Salzburg, 19. und 20. September 2019

Inhaltsverzeichnis

▪ Programm	3
▪ Abstracts in der Reihenfolge des Programmes	6
▪ Die Moderator/innen	19
▪ Liste der Mitwirkenden und Teilnehmer/innen	20
▪ Stadtplan mit Wegbeschreibung und Restaurantempfehlungen	26

Kontakt

Außerhalb der Tagung:

Ute Beneke, Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter
E-Mail: ute.beneke@richtervereinigung.at
Tel.: 01 52152 - 303644

Tagungsbüro

Es befindet sich **während des Symposiums** an den jeweiligen Veranstaltungsorten.
Tel.: Hilke Stadler, 0662 8044 3970

Tagungsorte

Paris-Lodron-Universität Salzburg, Unipark Nonntal, Erzabt-Klotz-Straße 1, 5020 Salzburg
www.uni-salzburg.at

ARGEkultur, Ulrike-Gschwandtner-Straße 5, 5020 Salzburg
www.argekultur.at

Veranstalter

Österreichisches Institut für Menschenrechte, Paris-Lodron-Universität Salzburg, Kaigasse 17/3
5020 Salzburg
www.uni-salzburg.at/oeim

Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter, Fachgruppe Grundrechte und
interdisziplinärer Austausch, Schmerlingplatz 11, Postfach 26, 1011 Wien
www.richtervereinigung.at (> über uns >Fachgruppen)

ARGEkultur, Ulrike-Gschwandtner-Straße 5, 5020 Salzburg
www.argekultur.at

Unterstützung

Das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz unterstützt dieses
Symposium mit einem Förderbeitrag.

Programm

Donnerstag, 19. September 2019, Unipark Nonntal, Thomas-Bernhard-Hörsaal

09.30	Registrierung
10.00	Begrüßung & Eröffnung Demokratie als Weiberkram Eine Hörspielminiatur von <i>Nadja Kayali</i> nach dem gleichnamigen Text von <i>Gertrude Lübbe-Wolff</i> (Stimmen: <i>Aimie Rehbürg</i> , <i>Nadja Kayali</i> , <i>Bernhard Eppensteiner</i> , Tonmeister: <i>Joseph Jabbour</i> , Produktionsleitung: <i>Roman Tronner</i> ; ein Projekt von <i>Trifoliata</i>)
10.30	Illiberale und autoritäre Demokratieformen im Schatten des Populismus <i>Reinhard Heinisch</i> , Paris-Lodron-Universität Salzburg, Leiter des Fachbereichs Politikwissenschaft und Soziologie <u>Moderation</u> : <i>Philip Czech</i> , Paris-Lodron-Universität Salzburg, Österreichisches Institut für Menschenrechte
11.30	Pause
12.00	Hyperglobalisierung, Demokratie und soziale Sicherheit – eine Perspektive nach Polanyi <i>Andreas Novy</i> , Wirtschaftsuniversität Wien, Leiter des Institute for Multilevel Governance and Development <u>Moderation</u> : <i>Philip Czech</i> , Paris-Lodron-Universität Salzburg, Österreichisches Institut für Menschenrechte
13.00 - 14.30	Mittagspause
14.30	Demokratie und Rechtsstaat: Die Rolle der Gerichtsbarkeit bei der Gewährleistung eines Europäischen Minimums <i>Pál Sonnevend</i> , Eötvös Loránd Universität Budapest, Inhaber des Lehrstuhls für Völkerrecht <u>Moderation</u> : <i>Martin Weber</i> , Richter, Oberlandesgericht Innsbruck
15.30	Pause
16.00	Panel: Die Erwartung an den Rechtsstaat - was erwartet den Rechtsstaat? <i>Hans Georg Hagleitner</i> , Geschäftsführer, Hagleitner Unternehmensgruppe, Zell am See, Entrepreneur Of The Year 2016 <i>Nadja Lorenz</i> , Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Asyl- und Fremdenrecht, Wien <i>Ramak Molavi</i> , Anwältin für Digitale Rechte, The Law Technologist, Berlin <u>Moderation</u> : <i>Andreas Koller</i> , Stv. Chefredakteur, Salzburger Nachrichten
17.30	Ende
20.00	Lungau Big Band feat. Nils Landgren in der ARGEkultur

Programm

Freitag, 20. September 2019, ARGEkultur

09.30	Demokratie als offener Meinungsmarkt <i>Reinhard Klaushofer</i> , Paris-Lodron-Universität Salzburg, Leiter des Österreichischen Instituts für Menschenrechte
10.15	Hass im Netz – Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit <i>Maria Windhager</i> , Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Medienrecht, Wien <u>Moderation:</u> <i>Ilse Koza</i> , Richterin, Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
11.00	Pause
11.30	Podiums- und Publikumsdiskussion: Wie wird Meinung gemacht? <i>Alf Altendorf</i> , Geschäftsführer, FS1 – Freies Fernsehen Salzburg & Radiofabrik Salzburg <i>Nicole Berkmann</i> , Unternehmenssprecherin und Leiterin der Konzern-PR und -Information der Spar Österreich-Gruppe <i>Judith Denkmayr</i> , Head of Marketing & Communication, QVV Redaktions GmbH <i>Katharina Schell</i> , Mitglied der Chefredaktion, Austria Presse Agentur (APA) <u>Moderation:</u> <i>Hans Peter Lehofer</i> , Richter, Verwaltungsgerichtshof, Lehrbeauftragter insbesondere für Medien- und Telekommunikationsrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien
12.45	Schlussworte
13.00	Ende

WLAN-Daten (Unipark Nonntal):

SSID: Plus_Event
User: grt19
PW: mfhuMasa92

SSID: Plus_Event
User: grundr
PW: ywft8Wrj39

Im postdemokratischen Rechtsstaat?



Der liberale Rechtsstaat erlebt eine Wandlung. Grundrechte, die in den vergangenen Jahrzehnten unveränderlich schienen, stehen mit einem Mal zur Diskussion, illiberale Strömungen setzen sich bei Wahlen durch.

Was sind die Ursachen dieser Entwicklung und wie sollte der moderne Rechtsstaat, der den Grund- und Menschenrechten verpflichtet ist, darauf reagieren?

„Postdemokratie“ nennt der Politikwissenschaftler Colin Crouch eine zu beobachtende Entwicklung, bei der zwar Wahlen abgehalten, die politischen Themen aber von konkurrierenden Teams professioneller PR-Expertinnen und Experten bestimmt werden. Im Schatten dieser politischen Inszenierung werde die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten. Trifft das auch für Österreich zu?

Der Grundrechtstag 2019 widmet sich der Rolle des Rechtsstaats in vermeintlich postdemokratischen Zeiten und der Frage, ob es freie Meinung überhaupt noch gibt. Ausgehend von einer Analyse des gegenwärtigen Zustandes unseres politischen Systems werden in offener und kritischer Diskussion Erwartungen verschiedener Gesellschaftsgruppen an den Rechtsstaat erörtert und Bedrohungen sowie notwendige Schranken der Meinungsfreiheit behandelt werden.

Trifoliata - Künstlerische Intervention

Demokratie als Weiberkram.

Eine Hörspielminiatur von Nadja Kayali, nach dem gleichnamigen Text von Gertrude Lübbecke-Wolff.

1. Frau: Aimie Rehbürg
2. Frau: Nadja Kayali
Mann: Bernhard Eppensteiner
Tonmeister: Joseph Jabbour
Produktionsleitung: Roman Tronner

Ein Projekt von Trifoliata

Die Demokratie als Staats- und Regierungsform steht unter Druck. Die illiberale Demokratie findet ihre Beispiele heute weltweit in zahlreichen Ländern. Die Mechanismen und Argumentationsmuster zu ihrer Durchsetzung, eingesetzt zumeist von populistischen Kräften, sind auffällig ähnlich. Das Starke gegen das Schwache. Die Durchsetzung des vermeintlichen Volkswillens durch die heroische Figur des Lenkers, Entscheiders, Führers. Demokratie im eigentlichen Sinn ist schwach, Weiberkram. Die Hörspielminiatur „Demokratie als Weiberkram“ greift den gleichnamigen Aufsatz der deutschen Rechtswissenschaftlerin und ehemaligen Richterin des Bundesverfassungsgerichts (2002-2014), Gertrude Lübbecke-Wolff, auf mit dem Ziel, Herabwürdigungsmechanismen des populistischen Diskurses auf den Punkt zu bringen: das Männliche gegen das Weibliche. Mit der Gegenüberstellung von Zitaten und Aussagen aus der Historie und der Gegenwart wird aber auch klar: Keine Institution wie die Demokratie und der Rechtsstaat, seien sie noch so gefestigt, sind davor gefeit, ausgehöhlt zu werden. Denn Geschichte hat keine natürliche Entwicklungsrichtung hin zum Positiven. Sie ist das Ergebnis der Aushandlung von Interessen. Aufmerksamkeit ist geboten, vor allem gegenüber jenen, die das Totalitäre in der Maske der Demokraten verkaufen.

Zu den Personen:

TRIFOLIATA (Nadja Kayali, Roman Tronner) vermittelt Wissen durch Kunst, damit aus Information Erkenntnis werden kann: durch das Gestalten sinnlich-assoziativer Erlebnisräume zur Öffnung neuer Horizonte. Nadja Kayali ist bekannt durch ihre Radiosendungen für ORF Ö1, darunter das Pasticcio. Nadja Kayali ist Österreicherin mit syrischen Wurzeln und schlägt mit ihrer Arbeit Brücken zwischen Orient und Okzident. Sie studierte Musikwissenschaft und Soziologie, war Regieassistentin bei Christoph Marthaler und arbeitete international als Dramaturgin und Regisseurin. Sie ist eine gefragte Moderatorin von Konzerten und Veranstaltungen. Mag. Dr. Roman Tronner, MAS ist Kommunikationsexperte und Wissenschaftsredakteur. Er vereint langjähriges Know-how aus der Public Relations-Branche und dem Journalismus mit den Erfahrungen des internationalen Forschungsbetriebs. Er betreut seit eineinhalb Jahrzehnten Projekte und Institutionen aus den Feldern Wissenschaft, Forschung und Kulturerbe in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit und des Corporate Publishings.

Textgrundlage des Projekts:

Lübbecke-Wolff, Gertrude: Demokratie als Weiberkram. In: Hohmann-Dennhardt, Christine; Masuch, Peter; Villiger, Mark (Hg): Grundrechte und Solidarität. Durchsetzung und Verfahren. Festschrift für Renate Jäger. 2011 Kehl am Rhein. Seite 225-243.

Notizen:

Reinhard Heinisch

Illiberale und autoritäre Demokratieförmn im Schatten des Populismus

Galten radikale populistische Parteien (RPP) einmal als Randphänomen, so fungieren diese zunehmend als Agenda-Setter in alten und neuen Demokratien. Während RPP nicht per se antidemokratisch oder extremistisch sind, wenden sich diese dezidiert gegen die liberale repräsentative Demokratie, wie sie nach 1945 in westlichen Staaten etabliert wurde. Zum einen ist der ideologische Populismus grundsätzlich anti-politisch und anti-pluralistisch, weil dieser vom Volk als geschlossene Einheit mit einer einheitlichen Meinung ausgeht, dessen Interessen von einer korrupten Elite und dem Volk schadenwollenden „Anderen“ bedroht werden. Vor allem der radikale Rechtspopulismus wendet sich in Form emotionaler Appell an ein vermeintlich wahres, aber vergessenes Volk, in dessen Namen bestehende demokratische und institutionelle Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt werden sollen und dessen Interessen über Rechtsstaat und etablierten liberaldemokratischen Normen stehen. Grundsätzlich droht somit entweder die illiberale Demokratie von unten in Form mobilisierter Massen oder die autoritäre (von oben organisierte) Demokratie ohne Opposition und Zivilgesellschaft, wie sie teilweise bereits in Ungarn vorzufinden ist. Der Vortrag bietet eine umfangreiche Auseinandersetzung mit dem Thema Populismus und Demokratie untermauert von empirischen Forschungsergebnissen.

Zur Person:

Reinhard Heinisch (PhD, Michigan State U.) ist seit 2009 Universitätsprofessor für vergleichende österreichische Politik an der Universität Salzburg, wo er auch den Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie leitet. In seiner Forschung beschäftigt er sich vorwiegend mit der vergleichenden Populismusforschung, der Demokratie und Parteien. Seine Publikationen erscheinen in führenden internationalen Fachzeitschriften

wie Party Politics, Democratization, West European Politics, Representation, Comparative European Politics und andere. Jüngste Bücher sind u.a. Understanding Populist Party Organization (2016/Palgrave), Political Populism-Handbook (2017/Nomos), The People and the Nation: Populism and Ethno-Territorial Politics in Europe (2019/Routledge). Derzeit leitet er ein umfangreiches EU-Horizon-2020-Projekt zur Populismusforschung. Heinisch ist Affiliate Faculty an der University of Pittsburgh, USA, seit 2014 Gastlektor an der Renmin University in Peking, früherer Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, ehem. Leiter der Arbeitsgruppe Demokratie der Österr. Forschungsgemeinschaft, sowie Träger des Wissenschaftspreises der M. Lupac Stiftung des österreichischen Parlaments.

Notizen:

Andreas Novy

Hyperglobalisierung, Demokratie und soziale Sicherheit – eine Perspektive nach Polanyi

Globalisierung ist kein rein ökonomischer Prozess, sondern betrifft die gesellschaftlichen und ökologischen Lebensgrundlagen in unterschiedlicher Weise. Und sie verändert auch Politik und Demokratie. Der Vortrag problematisiert die medial inszenierte Bruchlinie zwischen Freunden der Globalisierung und Nationalisten, Gebildeten und Abgehängten. Vielmehr höhlt die aktuelle Hyperglobalisierung, in der Finanzinteressen und transnationale Unternehmen dominieren, entweder den Nationalstaat oder liberaldemokratische und sozialstaatliche Institutionen aus. In der derzeit dominanten Tradition Friedrich Hayeks gilt es, eine Synthese aus neoliberaler Globalisierung und Nationalstaat zu finden. Die Perspektive Polanyis benennt eine andere, nicht räumliche Bruchlinie, nämlich zwischen einem autoritären Projekt der Exklusion und einem demokratischen Projekt der Inklusion, gutes Leben für einige oder für alle. Seine Empfehlung würde wohl lauten: das Projekt neoliberaler Globalisierung aufgeben, um liberale Demokratie und Sozialstaat zu verteidigen.

Zur Person:

Andreas Novy ist Leiter des Institute for Multi-Level Governance and Development und außerordentlicher Universitätsprofessor am Department Sozioökonomie der WU Wien. Zahlreiche Publikationen und Forschungsprojekte zu Stadtentwicklung sowie Entwicklungsforschung mit einem Schwerpunkt auf politökonomischer und sozialökologischer Transformation, Sozioökonomie, sozialer Innovation und Transdisziplinarität. Verschiedene Initiativen für Theorie-Praxis-Dialoge, insbesondere Mitorganisator der Gutes Leben für alle-Kongresse, Präsident der Internationalen Karl Polanyi Gesellschaft und Aufsichtsratsvorsitzender der ÖFSE (Österreichische Forschungstiftung für

Internationale Entwicklung). Aktuelle Publikationen sind (zusammen mit C. Thomasberger und M. Brie) die Herausgabe von Kari Polanyi (erscheint Mai 2019) „Die Finanzialisierung der Welt: Karl Polanyi und die neoliberale Transformation der Weltwirtschaft“ (Beltz Verlag) und „Local social innovation to combat poverty: a critical appraisal“, zusammen mit S. Oosterlynck und Y. Kazepov (forthcoming, Polity Press).

Notizen:

Pál Sonnevend

Demokratie und Rechtsstaat: Die Rolle der Gerichtsbarkeit bei der Gewährleistung eines Europäischen Minimums

Der Rechtsstaat ist im Europäischen Integrationsprozess Voraussetzung und zugleich ein verbindlicher Maßstab. Dieser gehört auch mit rechtlichen Mitteln durchzusetzen, sonst wird die Grundlage der Einigung entzogen.

Die Krise der Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union kann keineswegs als ein isoliertes Phänomen angesehen werden. Eine Migration von Verfassungsideen ist nicht auf die Prinzipien der liberalen Demokratie begrenzt.

Die Reaktion europäischer Institutionen auf die Krisen der Rechtsstaatlichkeit blieb bislang dürftig. Es liegt nicht nur an der Zurückhaltung der Mitgliedstaaten, die eine gemeineuropäische Lösung nicht für notwendig hielten. Das Instrumentarium des Rechts der Europäischen Union ist daran hingewiesen, ein Minimum an Rechtsstaatlichkeit definieren zu können, deren Unterschreitung geahndet werden kann. Solche Systemurteile sind jedoch methodisch äußerst fraglich.

Bislang hat sich ein klares und auch gerichtlich durchsetzbares Element der Rechtsstaatlichkeit kristallisiert. Die neuere Rechtsprechung des EuGH stellt die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit in den Mittelpunkt, und schützt sie anhand des Rechts der EU in jedem Kontext.

Die allgemeinere Antwort auf die Krise der Rechtsstaatlichkeit soll von der untrennbaren Verbundenheit der Demokratie und des Rechtsstaats ausgehen, und zwar nicht nur auf der Ebene der Werte. Vielmehr muss klar sein, dass die demokratische Legitimation auf der Einhaltung grundlegender Regeln des Rechtsstaats beruht, welche für die freie und informierte politische Willensbildung und für den freien Ausdruck des Volkswillens durch Wahlen unerlässlich sind. In diesem Bereich ist der Rechtsstaat nicht nur eine notwendige Ergänzung und ein Gegenstück zum Mehrheitswillen, sondern eine elementare

Voraussetzung dessen Herausbildung und Artikulierung.

Zur Person:

Prof. Dr. Pál Sonnevend ist Inhaber des Lehrstuhls Völkerrecht an der Juristischen Fakultät der ELTE Universität Budapest. Seit 2013 ist er Mitglied der OSCE Court of Conciliation and Arbitration. Er ist Lehrbeauftragter an der Ruprecht-Karls Universität Heidelberg. 2015 hat er gemeinsam mit Prof. Dr. Armin von Bogdandy das Band "Constitutional Crisis in the European Constitutional Area, Theory, Law and Politics in Hungary and Romania" herausgegeben.

Notizen:

Hans Georg Hagleitner

Panel: Die Erwartung an den Rechtsstaat – was erwartet den Rechtsstaat?

Wie vertragen sich Wirtschaft und Rechtsstaat? Wie Hund und Katze?

Dieselgate, Cum-Ex und Co lassen das vermuten. Tatsächlich aber haben Manager da etwas missverstanden. Denn die Wirtschaft und der Rechtsstaat bedingen einander.

Nun ist das Kapital zwar prinzipiell frei beweglich. In der Praxis aber lässt es sich nicht willkürlich nieder. Jedes Anlageziel muss vielmehr einen Nutzen in Aussicht stellen. Und hierbei sind drei Standortfaktoren entscheidend: die Marktlage, das Angebot an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – sowie Rechtssicherheit: Was kann ich aus unternehmerischer Warte anstreben? Was geht nicht? Wie fair gestaltet sich der Wettbewerb? Sind Grund und Boden sicher? Bleibt die staatliche Ordnung langfristig stabil? Auf das alles muss Verlass sein. Nur dann können sich Betriebe auch nachhaltig entfalten.

Notizen:

Zur Person:

Hans Georg Hagleitner ist ein Familienunternehmer mit Prinzipien – wie diesem hier: Sein Betrieb zählt 27 Standorte in zwölf Ländern. Geforscht, entwickelt und produziert aber wird nur in Zell am See (Salzburg). Alle weiteren Niederlassungen von Hagleitner Hygiene sind Vertriebsstätten.

Nadja Lorenz

Panel: Die Erwartung an den Rechtsstaat – was erwartet den Rechtsstaat?

Populistische Politik bedeutet Politik „im Namen des Volkes“, d.h. per se dass Menschen, die nicht als Teil des Volkes betrachtet werden, Rechte abgesprochen werden.

Zurufe durch populistische Politiker kündigen den konkreten Plan, Minderheitenrechte zu schwächen deutlich an (bspw. „das Recht hat der Politik zu folgen...“).

Umgesetzte Gesetzesvorhaben (tlw. auch schon vor türkis-blauer Koalition):

Anhebung der Frist zur Verleihung der Staatsbürgerschaft für Asylwerber – gleichbedeutend mit Verweigerung der Teilnahme am demokratischen Prozess

Einschränkungen im Asylrecht:

Einschränkung des Zugangs
Ständige Novellierungen im Jahrestakt
Extrem komplex
Einschränkung des Rechtszuges meist unter dem Deckmantel der Verfahrensbeschleunigung
Beschneidung der Grundrechte im Verfahren
Bsp.: Wohnsitz-Gebietsbeschränkung, Datenauswertung von Mobiltelefonen, Geldabnahme für Grundversorgung

Zur Person:

*Mag.^a Nadja Lorenz, Rechtsanwältin
seit 1998 selbständige Rechtsanwältin in Wien
Ersatzmitglied im Menschenrechtsbeirat des NPM der Volksanwaltschaft
Mitglied der Österreichischen Juristenkommission
Rechtsanwältin im Netzwerk Asylanwalt
Beiratsmitglied der Fachgruppe Grundrechte der Richtervereinigung
Beiratsmitglied juridikum. zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft*

*von 2003 bis 2013 Vorsitzende von SOS-Mitmensch
von 2003 bis 2006 von amnesty international
nominiertes Ersatzmitglied des Menschenrechtsbeirates beim BMI
von 2000 bis 2003 Mitglied der Kommission Wien I des Menschenrechtsbeirates
zahlreiche Vorträge zu den Themen Asylrecht, Grundrechtsschutz und Strafrecht*

Notizen:

Ramak Molavi

Panel: Die Erwartung an den Rechtsstaat - was erwartet den Rechtsstaat?

Die Fehlentwicklung der digitalen Transformation bedarf einer Neujustierung.

Viele Potenziale der Digitalisierung werden nicht ausgeschöpft. Die Netzabdeckung ist unterentwickelt, insbesondere in ländlichen Regionen aber oft genug auch in Großstädten. Innovative Technologien - beispielsweise im medizinischen Bereich - bleiben nur wenigen vorenthalten, statt für alle ausgerollt zu werden.

Vorhandene wertvolle Daten und Informationen, wie Geodaten, Karten, Forschungsdaten, Lehrmaterial oder Statistiken, die leicht öffentlich und online zugänglich gemacht werden könnten, werden nicht mit den Bürgern geteilt und somit die Möglichkeit der Wissenserweiterung eingeschränkt.

Parallel hierzu haben sich digitale Geschäftspraktiken etabliert, die gegen fundamentale Rechte der Bürger verstoßen. Datenschutzverstöße großen Ausmaßes kommen täglich ans Licht. Auf Social Media Plattformen sorgen Algorithmen für eine Belohnung von extremen Posts und führen so zu einer Verschlechterung der Debattenkultur. Die Ausübung des Rechts auf Informationsfreiheit ist weitgehend eingeschränkt aufgrund der extremen Kuration und Manipulationen der Informationen durch wenige große Unternehmen. Der vermehrte Einsatz von algorithmischen Systemen verstärkt diese Entwicklung.

Die maßgebliche Infrastruktur für die digitale Grundversorgung der Bürger ist nicht in staatlicher, sondern in der Hand weniger Monopole, die natürlich mit Gewinnerzielungsabsicht agieren und nicht dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

Durch die ausufernde Überwachung - auch durch staatliche Akteure -, die immer tiefer in die Persönlichkeit und die Lebensbereiche der Bürger eindringt, ist eine Situation erreicht,

die die Autonomie der Bürger und somit die Menschenwürde im unerträglichen Maße einschränkt. Wir brauchen eine neue, eine gemeinwohlorientierte Technologieentwicklung.

Zur Person:

Ramak Molavi (The Law Technologist - www.the-law-technologist.com) ist Rechtsanwältin für digitale Rechte und unabhängige Policy Beraterin. Sie ist Mitglied der AI Alliance der EU-Kommission und Gastdozentin an der Universität Potsdam. Ihre Themen umfassen IT Recht, Künstliche Intelligenz, Distributed Ledger Technologies, Datenschutz.

Notizen:

Reinhard Klaushofer

Demokratie als offener Meinungsmarkt

Demokratie und Freiheit der Meinungsäußerung sind aufeinander bezogen.

Was ist ein offener Meinungsmarkt?

Welche Rahmenbedingungen kennzeichnen die Internet“öffentlichkeit“?

Werden Demokratie und freie Wahlen durch die Internet“öffentlichkeit“ gefährdet?

Kommt es zu einer Ablösung der Medienöffentlichkeit durch die Internet“öffentlichkeit“?

Muss sich die Demokratie aktiv gegen die Internet“öffentlichkeit“ zur Wehr setzen?

Sind nationale Initiativen im globalisierten Umfeld überhaupt zielführend?

Welche Rolle kommt der Rechtsprechung in diesem Themenkomplex zu?

Zur Person:

Reinhard Klaushofer, geboren 1973 in Großarl. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg, Doktorat 2001. 2011 Habilitation für die Fächer Verfassungs- und Verwaltungsrecht mit der Arbeit „Strukturfragen der Rechtsschutzbeauftragten“. 2017 Berufung für die Fächer Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Paris-Lodron-Universität Salzburg.

Gastprofessuren an der Universität Klagenfurt und der Wirtschaftsuniversität Wien. Experte in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien zu Menschenrechtsfragen. Mitwirkung an zahlreichen Arbeitsgruppen zur Verbesserung menschenrechtlicher Standards, zB zur Verwendung von Tasern, dem Rechtsschutz in der Schubhaft, Haftstandards der Polizei, der Abschiebung von Familien. Mitwirkung an internationalen Projekten zum Menschenrechtsschutz zB Improvement of

Statement Taking Methods and Statement Taking Rooms in the Republic of Turkey. Konsulent universitärer und außeruniversitärer Einrichtungen zu diversen Themen des Öffentlichen Rechts.

Seit 1.10.2015 Leiter des Österreichischen Institutes für Menschenrechte.

Mit 1.7.2012 Leiter einer regionalen Kommission der Volksanwaltschaft.

Seit 1.7.2000 Mitglied der Kommission des Menschenrechtsbeirates für den OLG Sprengel Linz, ab 1.7.2006 deren Leiter.

Mitglied des Runden Tisches Menschenrechte der Stadt Salzburg. Mitglied des Salzburger Jugendhilfebeirates.

Notizen:

Maria Windhager

Hass im Netz - Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit

Seit einiger Zeit ist das Phänomen „Hass im Netz“ brandaktuell und dauerhafter Bestandteil der medialen Berichterstattung und der öffentlichen Debatte. Zuletzt hat der Fall der ehemaligen grünen NAbg Sigrid Maurer den Kampf gegen Hass im Netz für viele als wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen erkennbar gemacht.

Die enorme Zunahme von Hass im Netz hat wohl viele Ursachen. Zum einen zeigt die Praxiserfahrung, dass es nach wie vor ein weitverbreitetes Missverständnis von Social Media und dem Internet als rechtsfreien Raum geben dürfte, wofür auch die auf politischer Ebene häufig gedroschene Phrase „das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein“ mitursächlich sein dürfte. Zum anderen dürfte die Hemmschwelle andere Menschen zu beschimpfen und zu beleidigen, wenn dies auf Plattformen von sozialen Netzwerken – also oftmals auch vor größerem Publikum – geschieht, deutlich geringer sein als im realen Leben. Feststeht auch, dass der Hass in der gesellschaftlichen Mitte angekommen ist.

Darüber hinaus wird im Netz aber auch ganz gezielt Missbrauch betrieben, wie Desinformationskampagnen („Fake News“) zeigen. Dass ‚dirty campaigning‘ sogar demokratiegefährdend sein kann, haben vergangene Wahlen bewiesen.

Die Auswirkungen von Hass, Lügen und Desinformation im Netz sind aufgrund der rasend schnellen und massenhaften Verbreitung etwa durch die Möglichkeit Inhalte zu „teilen“ und zu „ liken“ und der dauerhaften Abrufbarkeit dramatisch. In der Praxis ist es für Betroffene daher besonders wichtig, rasch rechtswidrige Inhalte löschen zu können.

Das Recht auf Persönlichkeitsschutz und Privatsphäre steht in einem ständigen

Spannungsverhältnis mit dem Recht auf Meinungsfreiheit.

Im Fall von öffentlichen Hasspostings ist die Rechtsverletzung jedoch eindeutig: Die verfassungsrechtlich verankerte Meinungsfreiheit schützt nur sachlich geäußerte Kritik, also begründete Wertungen, auch wenn sie schockieren oder beleidigen. Sie schützt aber niemals substanzlose herabwürdigende Beschimpfungen oder Gewaltandrohungen.

Anhand ausgewählter Beispiele aus der Praxis – ua Eva Glawischnig gegen Facebook – werden aktuelle Fragen zur Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten im Internet erläutert und Rechtsschutzdefizite sowie Herausforderungen aufgezeigt.

Zur Person:

Dr.ⁱⁿ Maria Windhager ist Rechtsanwältin in Wien. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Medien- & Persönlichkeitsschutzrecht, Urheber-, Rundfunk-, Fernseh-, und Internetrecht. Sie studierte an den Universitäten Wien und Salzburg und promovierte 2000 zum Thema „Das politische Werturteil in der demokratischen Gesellschaft“. Windhager war von 1991 bis 2000 Chefredakteurin der juristischen Fachzeitschrift „Juridikum“. Sie war Mitglied im ORF-Publikumsrat und im Publizistikbeirat.

Notizen:

Alf Altendorf

Podiums- und Publikumsdiskussion: Wie wird Meinung gemacht?

Zur Person:

Alf Altendorf hat FS1 gegründet und ist mit einer Vielzahl an Start-Ups und Projektbeteiligungen einer der Pioniere der österreichischen Community-Medienszene und mehr als 25 Jahre im Sektor aktiv.

Er studierte Betriebswirtschaft (WU Wien) & Bildnerische Erziehung (Universität für Angewandte Kunst) und war Anfang der 1990er Radiomacher und Mitorganisator beim Wiener Piratenradio. Unter anderem arbeitete er als freischaffender Medienkünstler, Projektmanager, Autor & Kulturjournalist, Designer, Mitgründer / Gesellschafter & Geschäftsführer bei T.I.V. (heute: gotv) und war an der Entwicklung & politischen Durchsetzung des Wiener Community-TVs okto.tv führend beteiligt.

Heute ist er hauptberuflich Geschäftsführer der Radiofabrik und nebenberuflich kaufmännisch für FS1 tätig.

Notizen:

Nicole Berkman

Podiums- und Publikumsdiskussion: Wie wird Meinung gemacht?

Die „Empörungskultur“ in Social Media-Kanälen betrifft auch Unternehmen und zwar besonders dann, wenn sie im allgemeinen Focus stehen wie zum Beispiel Lebensmittelhändler. Jeder und Jede hat zu allem eine Meinung und tut diese auch in nicht immer angebrachtem Ton auf allen möglichen Kanälen kund. Für große Unternehmen wie SPAR bedeutet dies hohen Einsatz personeller Ressourcen, einerseits um die Reaktionsflut überhaupt bewältigen zu können, andererseits, um die Themen inhaltlich abzuarbeiten und zu beantworten. Das ist anstrengend, zwingt jedoch auch oft zu tiefgreifenderen Auseinandersetzungen mit Themen wie zum Beispiel Alltagsrassismus oder Diskriminierung. Sehr oft kommt es vor, dass die Reaktion des Unternehmens die massive Gegenreaktion derer, die wiederum anderer Meinung sind, hervorruft. Die Aufgabe liegt darin, zu eruieren, was wirklich relevant ist und die Chance zu nützen, gesellschaftliche Trends zu erkennen und darauf zu reagieren.

Notizen:

Zur Person:

Mag. Nicole Berkman ist seit 25 Jahren im SPAR-Konzern tätig, seit 20 Jahren als Unternehmenssprecherin und Leiterin des Bereiches PR und Information. Zum Bereich PR gehört auch das Kundenservice-Team. Ihre umfangreichen Erfahrungen mit Shitstorms und kleineren und größeren Aufregungen im Netz und in Medien teilt sie gerne mit interessiertem Publikum bei Vorträgen und Podiumsdiskussionen.

Judith Denkmayr

Podiums- und Publikumsdiskussion: Wie wird Meinung gemacht?

Dichtung und Wahrheit in der digitalen Meinungsbildung

„Österreich ist ein Plakatland“, heißt es immer, wenn es um Werbedruck geht – aber genauso intensiv werden mittlerweile Meinungs- und Wahlkämpfe via digitale Medien geführt. War man in Österreich lange sehr verhalten in Bezug auf digitale Kommunikation (Ausnahmen wie Kleinparteien und Heinz-Christian Strache bestätigen die Regel), holt man seit 2016 ordentlich auf. Warum?

Weil die Konsumenten und Wähler ihre Meinung immer stärker im Web bilden, sei es durch Recherchen via Suchmaschinen und auf Websites oder im Social Web.

Und sicher hängt die außergewöhnlich hohe Dichte an Bundespräsidentenwahlen und Nationalratswahlen und -wiederholungen in Österreich in den letzten drei Jahren ebenso damit zusammen. Auch die Möglichkeit, ohne Gatekeeper der klassischen Medien Botschaften direkt an die Zielgruppe zu kommunizieren, wurde spät, aber doch als Vorteil von Marken und Parteien gleichermaßen erkannt.

Aber nicht zuletzt ist Social Media, vor allem Facebook, ein Kanal für skalierbares und unmittelbares Feedback auf politische Botschaften, also viele parallel laufende Fokusgruppen nebeneinander für wenig Budget. Und davon machen die Parteien via Zielgruppen- und Interesttargeting zunehmend Gebrauch. Der Effekt auf die Meinungsbildung all dieser Bemühungen ist bisher noch schwer nachweisbar, aber die Praktiken von Cambridge Analytica im US-Wahlkampf 2016 haben wohl auch hierzulande Begehrlichkeiten bei den Parteien geweckt. Und dort lässt sich, so verheißen die Experten, Meinung noch wirklich bilden, ein leichter Unterton der Manipulation schwingt dabei immer mit.

Zur Person:

Judith Denkmayr studierte Publizistik, Germanistik und Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien und startete ihre berufliche Laufbahn als freie Journalistin. Nach mehreren Jahren in Redaktionen wechselte sie auf die Vermarktungsseite, Schwerpunkt Online-marketing und Social Media. Anfang 2010 begründete sie die Agentur Digital Affairs, die sie an das Medien- und Agenturunternehmen VICE CEE verkaufte. Seit April 2017 ist sie für das Audience Management bei der Quo Vadis Veritas Redaktions GmbH zuständig.

Notizen:

Katharina Schell

Podiums- und Publikumsdiskussion: Wie wird Meinung gemacht?

Die BürgerInnen seriös zu informieren, damit sie sich eine informierte Meinung bilden können: Dies entsprach lange dem Selbstverständnis von Qualitätsmedien nach den Grundsätzen der Aufklärung. Doch heute diskutieren wir darüber, wie Meinung „gemacht“ wird. Welches Gewicht haben Medien als Vermittler des politischen Geschehens noch, und welche Rolle spielen Akteure, die ihre Botschaften an diesen Medien vorbei ausstrahlen wollen? Diese Frage ist nicht neu. Im Wahlkampf „nach Ibiza“ stellt sie sich aber erneut mit Brisanz. Und es geht - aus Mediensicht - noch unangenehmer: Existiert ein gesellschaftlicher Diskurs, wie er (Qualitäts-)Medien als Auftrag und Legitimation dient, überhaupt noch?

Notizen:

Zur Person:

Katharina Schell ist seit 2016 Mitglied der APA-Chefredaktion, verantwortlich für digitale Innovation und die APA-Medienberichterstattung. Zudem vertritt sie die Redaktion als Mitglied der Innovations-Unit APA-medialab. Sie ist Vizepräsidentin des Presseclubs Concordia sowie Vorstandsmitglied des Vereins Medienjournalismus Österreich (MÖ).

Die gebürtige Wienerin arbeitete ab 1998 als freie Mitarbeiterin, ab 2000 als Medienredakteurin für die APA-Redaktion. Nach einer Zwischenstation beim Kurier kehrte Schell 2008 als Leiterin des Innenpolitik-Ressorts zur APA zurück. Diese Funktion hatte sie bis zu ihrem Wechsel in die Chefredaktion inne. Schell studierte Skandinavistik und Germanistik.

Die Moderator/innen

Philip Czech

DDr. Philip Czech ist Senior Scientist am Österreichischen Institut für Menschenrechte der Universität Salzburg. Er ist in der universitären Lehre sowie in der RiAA-Ausbildung engagiert, Herausgeber des Newsletter Menschenrechte und Mitherausgeber des European Yearbook on Human Rights sowie Mitglied des Runden Tisches Menschenrechte der Stadt Salzburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Verfahren und Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Asyl- und Fremdenrecht, Fortpflanzungsmedizinrecht und Strafvollzugsrecht.

Andreas Koller

Dr. Andreas Koller ist Leiter der Wiener Redaktion, Chef des Ressorts Innenpolitik sowie seit 2006 stellvertretender Chefredakteur der Salzburger Nachrichten. Er begann seine journalistische Laufbahn 1983 als freier Mitarbeiter im innenpolitischen Ressort der Zeitung „Die Presse“ und wurde 1984 im selben Ressort Redakteur. 1988 wechselte er zur Wiener Redaktion der Salzburger Nachrichten. Daneben ist Koller auch als Moderator von Diskussionsrunden, Sprecher bei Symposien und in TV-Diskussionen tätig. Seit 2014 ist er Präsident des Presseclub Concordia. Weiters ist er Senatssprecher des Österreichischen Presserates und Vorstandsmitglied des Kuratoriums für Journalistenausbildung. Den Publizistikbeirat des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ) leitet er als Vorsitzender. Koller war langjähriger Vorsitzender der Initiative Qualität im Journalismus und der Vereinigung der Parlamentsredakteurinnen und -redakteure. Im Herbst 2016 hatte er die Theodor-Herzl-Dozentur für die Poetik des Journalismus inne.

Ilse Koza

Ilse Koza ist ausgebildete Richterin und derzeit unter anderem in der Abteilung für Familien-, Personen- und Erbrecht des BMVRDJ tätig. Davor war sie Universitätsassistentin an der Universität Wien (Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung) und hatte Lehraufträge an der Universität Wien und Innsbruck im Bereich Legal Gender Studies.

Hans Peter Lehofer

Hans Peter Lehofer ist seit 2003 Richter am Verwaltungsgerichtshof; zuvor war er u. a. Leiter der Rundfunkregulierungsbehörde KommAustria und Abteilungsleiter für Konsumentenschutz im Bundeskanzleramt. Er ist Honorarprofessor für öffentliches Recht an der Wirtschaftsuniversität Wien und Redakteur der Österreichischen Juristenzeitung.

Martin Weber

Dr. Martin Weber ist Richter des Oberlandesgerichts Innsbruck und dort in einem zivilrechtlichen sowie arbeits- und sozialrechtlichen Rechtsmittelsenat tätig. Darüber hinaus ist er Vorstandsmitglied der Fachgruppe Grundrechte der RiV und lehrt Unternehmens- und Gesellschaftsrecht an der Fachhochschule Joanneum in Graz.

Liste der Mitwirkenden und Teilnehmer/innen

Achitz	Bernhard	Volksanwalt
Albu	Calin-Dimitrie	Justiz - BMVRDJ
Altendorf	Alf	FS1 - Freies Fernsehen Salzburg, Radiofabrik Salzburg
Bauer	Wolfram	Justiz - StA Wien
Baumgartner	Christian	Justiz - BVwG
Baur	Christine	Universität Innsbruck
Beran	Lukas	Justiz - OLG Wien
Berkmann	Nicole	Spar Österreichische Warenhandels-AG
Bouhafa	Claudia	Justiz - BG Leopoldstadt
Cutka	Franz	LG St. Pölten (i.R.)
Czech	Philip	Universität Salzburg
Denkmayr	Judith	QVV Redaktions GmbH
Dokalik	Dietmar	Justiz - BMVRDJ
Eder	Manfred	Justiz - LGZRS Wien
Ehrhardt	Nabila	Juristin
Ellmer	Sigrid	LVwG Oberösterreich
Elmazi	Veap	Kanzlei Mag. Veap Elmazi
Engeljähriger	Daniela	Justiz - OLG Linz; RiV-FG Grundrechte
Enzendorfer	Helena	Kanzlei Mag. Clemens Lahner
Ertl	Birgit	Justiz - BVwG
Eteme	Johanna	BMI, Menschenrechtsabteilung
Fellner	Gernot	Notarbureau Dr. Fellner

Grundrechtstag 2019
Im postdemokratischen Rechtsstaat?

Fellner	Claudia	Notarbureau Dr. Fellner
Fellner	Anna	Justiz - BG St. Pölten
Fink	Bernhard	Österreichischer Rechtsanwaltskammertag
Flotzinger	Engelbert	Richter (i. R.)
Fornather-Lentner	Wolfram	Justiz - BG Innere Stadt Wien
Freilinger	Elisabeth	Justiz - HG Wien
Fritz	Romana	Justiz - BG Meidling
Frixeder	Emma	JKU Linz
Fürst	Gerald	DDr. Fürst Rechtsanwalts-GmbH
Gamauf-Boigner	Susanne	Verwaltungsgericht Wien
Gassner	Alice	Justiz - OLG Graz
Gföllner	Monika	Justiz - OLG Linz
Giendl	Susanne	Partei Jetzt - Liste Pilz
Giersig	Roland	Digital Society
Gödl	Gerhard	LVwG Steiermark
Gottweis	Elisabeth	Justiz - BG Innere Stadt Wien
Groger	Nico	Land Steiermark, Verfassungsdienst
Gröger	Katharina	Justiz - HG Wien
Grohs-Müller	Sophie	Justiz - LG St. Pölten
Gruber	Monika	Justiz - LG Linz
Hagleitner	Hans Georg	Hagleitner Unternehmensgruppe, Zell am See
Heinisch	Reinhard	Universität Salzburg
Helige	Barbara	Justiz - BG Döbling

Grundrechtstag 2019
Im postdemokratischen Rechtsstaat?

Hornung	Stefan	Ferner Hornung & Partner Rechtsanwälte GmbH
Huber	Sebastian	Land Salzburg, Landesamtsdirektion
Hussmann	Eva	Justiz - BG Hietzing
Jakab	Andras	Universität Salzburg
Janca	Walter	BMI, Abteilung 1/9, SIAK, Bildungszentrum Wien
Kanduth	Gernot	Justiz - LG Klagenfurt; RiV-Vereinigung der österr. Richterinnen und Richter
Kitzberger	Markus	LVwG Oberösterreich
Klaushofer	Reinhard	Universität Salzburg
Kneihs	Benjamin	Universität Salzburg, FB Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht
Koller	Andreas	Salzburger Nachrichten
Koza	Ilse	Justiz - BMVRDJ
Kraml	Barbara	Justiz - OLG Wien
Kren	Nina	Verwaltungsgerichtshof
Krenn	Gabriele	Steiermärkische Rechtsanwaltskammer
Krepp-Honeck	Fridolin	Justiz - BMVRDJ
Krömer	Michaela	Kanzlei Krömer
Lahner	Clemens	Kanzlei Mag. Clemens Lahner
Laich	Waltraud	Justiz - LG Innsbruck
Langwieser	Kurt	Justiz - LG Linz
Lehmayer	Katharina	Justiz - OLG Linz
Lehofer	Hans Peter	Verwaltungsgerichtshof
Limberger	Wolfgang	Justiz - OLG Wien
Linz	Sebastian	ARGEkultur

Grundrechtstag 2019
Im postdemokratischen Rechtsstaat?

Lonsing	Barbara	Justiz - LG Innsbruck
Loos	Thomas	Kanzlei Mag. Thomas Loos
Lorenz	Nadja	Kanzlei Mag. ^a Nadja Lorenz
Matz	Daniela	Justiz - BG Leopoldstadt
Mayer	Marina	Justiz - LG Salzburg
Mayrhofer	Christine	Justiz - OLG Linz
Miklau	Roland	BMJ (i.R.)
Millinger-Neumayr	Teresa	Hagleitner Hygiene International GmbH
Molavi	Ramak	Rechtsanwältin, Berlin
Nagl	Daniel	Justiz - OLG Linz
Nedwed	Peter	Verwaltungsgerichtshof; RiV-FG Grundrechte
Nordmeyer	Hagen	Justiz - OGH; RiV-FG Grundrechte
Novy	Andreas	Wirtschaftsuniversität Wien
Obereder	Doris	Justiz - BG Leopoldstadt; RiV-FG Grundrechte
Oberkofler	Anja	Justiz - StA Wien
Öllerer	Dominik	Ferner Hornung & Partner Rechtsanwälte GmbH
Ordnung	Kathleen	Juristin
Ortbauer	Barbara	Justiz - BG Baden
Öztürk	Cansel	Verwaltungsgerichtshof
Pacher	Adelheid	Volksanwaltschaft
Palkovits	Paul	Justiz - BG Floridsdorf
Parapatits	Felicitas	Justiz - BG Eisenstadt
Pentz	Nora	Kanzlei Mag. Clemens Lahner

Grundrechtstag 2019
Im postdemokratischen Rechtsstaat?

Perschinka	Marlene	Justiz - LGZRS Wien
Peßenteiner	Bernhard	Hagleitner Hygiene International GmbH
Pinter	Christoph	UNHCR Österreich
Premstaller-Grundner	Heidi	Justiz - LG Salzburg
Pronay	Claudia	Justiz - BG Güssing
Rath	Thomas	Justiz - OLG Innsbruck
Rathmanner	Peter	Justiz - BG Oberpullendorf
Reiter	Michael	Justiz - BMVRDJ; RiV-FG Grundrechte
Ruckendorfer	Davina	Justiz - OLG Wien
Sauermoser	Andreas	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte
Schell	Katharina	Austria Presse Agentur
Schöndorfer	Tamara	Wirtschaftsuniversität Wien - IOER
Schuszter	Michael	ÖRAK, AK Grund- und Freiheitsrechte
Schwarz	Astrid	Psychosoziales Zentrum ESRA
Sedef	Arzu	Universität für Bodenkultur Wien
Sengmüller	Veronika	Kanzlei Mag. ^a Veronika Sengmüller
Simma	Barbara	Justiz - BVwG
Simsalik	Richard	Justiz - LG Krems
Sonnevend	Pál	Eötvös Loránd Universität Budapest
Spitzer-Edl	Tatiana	Justiz - StA Wien
Steinhauer	Curd	Justiz - OLG Wien
Stix-Jaudl	Georgia	Justiz - BG Innsbruck
Stockinger	Klaus	Justiz - LG Linz

Grundrechtstag 2019
Im postdemokratischen Rechtsstaat?

Stolzlechner	Harald	Universität Salzburg
Strasser	Victoria-Sophie	Verwaltungsgerichtshof
Stüger	Theresa	Kanzlei Mag. ^a Nadja Lorenz
Thiele	Clemens	Universität Salzburg
Totter	Evelyn	Justiz - BG Hernalds
Übertsroider	Josef	Justiz - LG Linz
Übertsroider	Eugenie	Justiz - LG Linz
Völkl-Torggler	Sabine	Justiz - OLG Wien
Weber	Martin	Justiz - OLG Innsbruck; RiV-FG Grundrechte
Weisgram	Kurt	Justiz - LG Wiener Neustadt
Weratschnig	Katrin	Justiz - BMVRDJ
Windhager	Maria	Kanzlei Dr. ⁱⁿ Maria Windhager
Windisch	Johannes	Justiz - WKStA
Wittmann-Tiwald	Mia	Justiz - HG Wien; RiV-FG Grundrechte
Wölfl	Bettina	Verwaltungsgerichtshof
Wurzer	Lisa	Verwaltungsgerichtshof
Zauner	Bettina	LVwG Oberösterreich
Zeilinger	Clemens	Justiz - LG Salzburg
Zillner	Florian	Justiz - BG Braunau
Zimmermann	Wigbert	Justiz - OLG Innsbruck
Zlöbl	Andrea	Justiz - BG Innere Stadt Wien
Zucker	Martin	Justiz - BG Innere Stadt Wien

Lageplan

Unipark Nonntal
Erzabt-Klotz-Straße 1, 5020 Salzburg

Einen detaillierten Anreiseplan finden Sie auf den nachfolgenden Seiten

Fahrplanauskunft:

<https://fahrplan.salzburg-verkehr.at/>

Google-Maps Routenplaner zum Unipark Nonntal:



WLAN-Daten (Unipark Nonntal):

SSID: Plus_Event

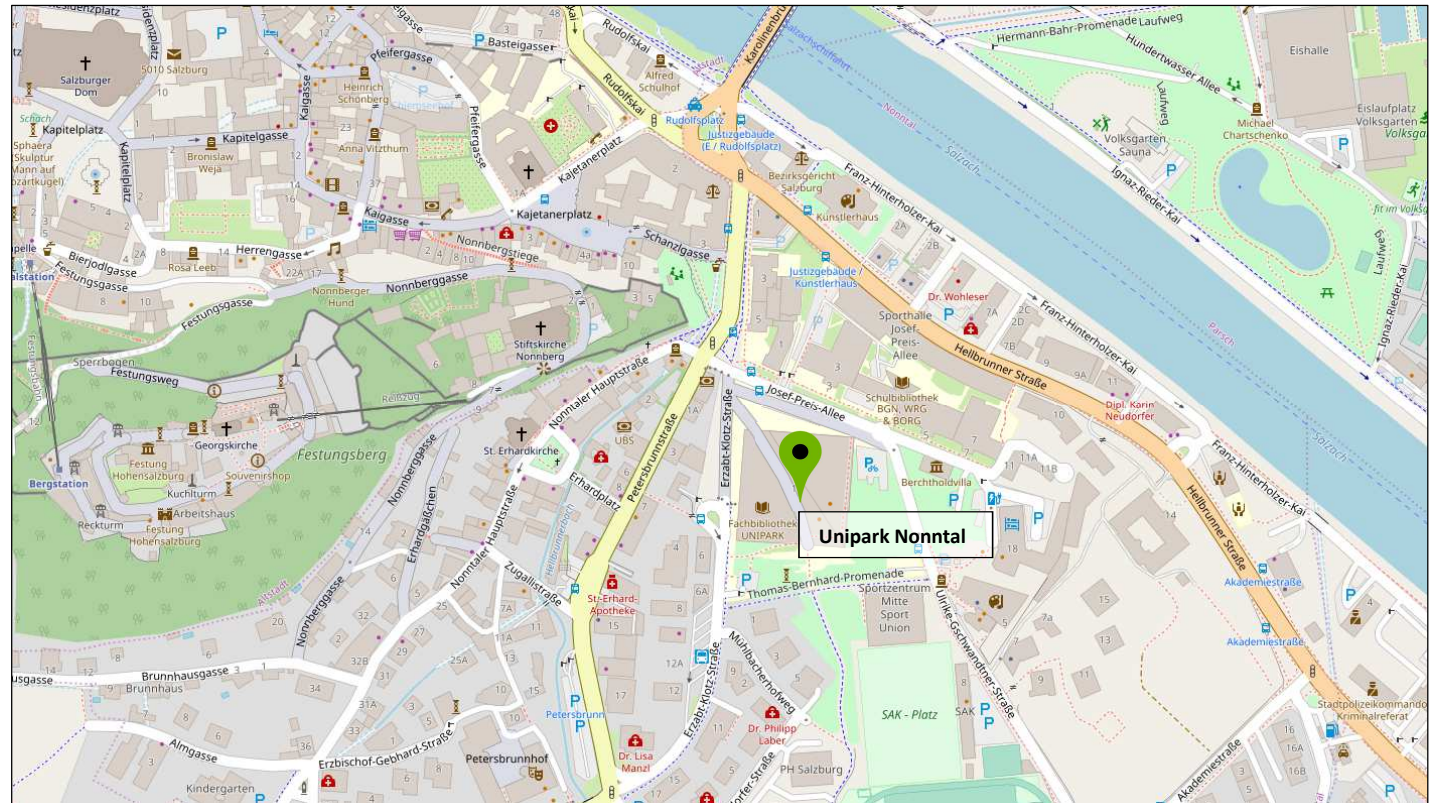
User: grt19

PW: mfhuMasa92

SSID: Plus_Event

User: grundr

PW: ywft8Wrj39



Quelle: openstreetmap.org

Anreise vom Hotel Motel One bzw. vom Hbf. Salzburg

Unipark Nonntal

Erzabt-Klotz-Straße 1, 5020 Salzburg

Vom **Hotel:**

Ca. 8 Minuten Fußweg bis zur Busstation „Salzburg Kiesel“ (siehe Grafik rechts).

Dann weiter mit dem Bus (**Linie 3, 5, 6, 25**) bis zur Station „Salzburg Justizgebäude“.

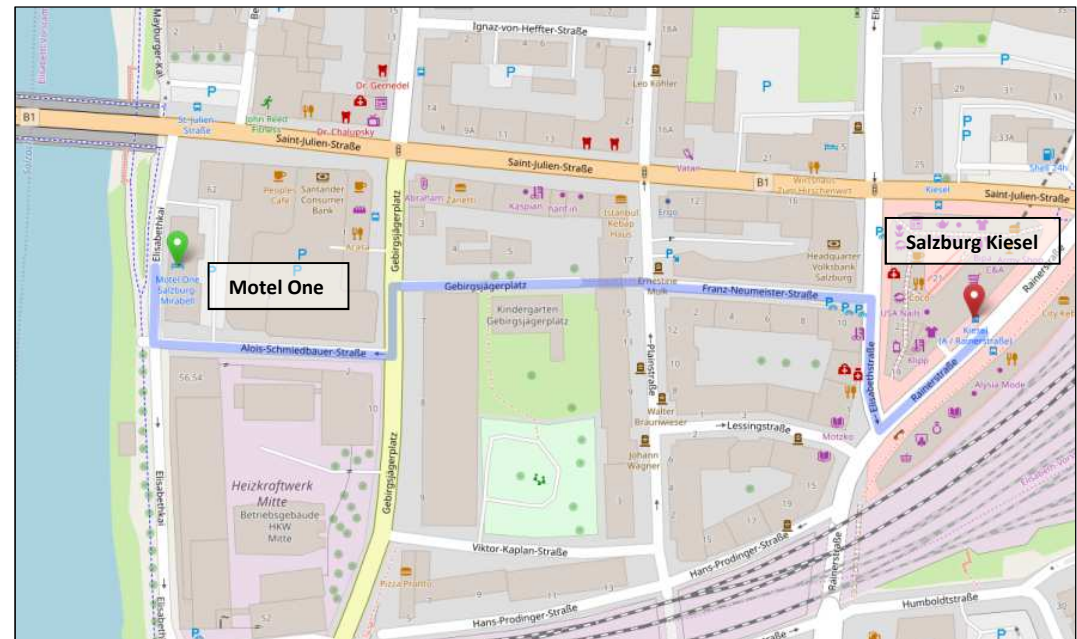
Vom **Hbf. Salzburg:**

Mit dem Bus (**Linie 3, 5, 6, 25**) bis zur Station „Salzburg Justizgebäude“.

Von der Station „Salzburg Justizgebäude“ ca. 5 Minuten Fußweg bis zum Unipark Nonntal (siehe Grafik unten).



Quelle: openstreetmap.org



Quelle: openstreetmap.org

Anreise vom Hotel Star Inn

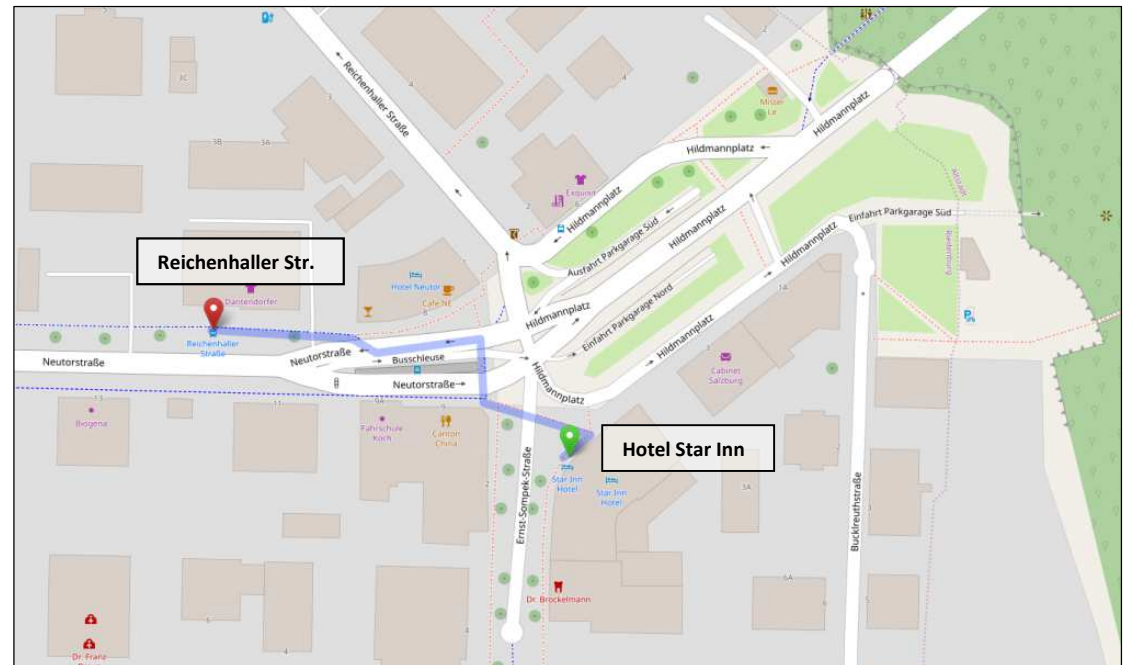
Unipark Nonntal

Erzabt-Klotz-Straße 1, 5020 Salzburg

Vom Hotel in Richtung Norden zum Hildmannplatz, links abbiegen auf die Neutorstraße bis zur Station „Salzburg Reichenhaller Straße“ (siehe Grafik rechts).

Mit der **Buslinie 8 oder 10** bis zur Station „Salzburg Justizgebäude“.

Von dort ca. 5 Minuten Fußweg bis zum Unipark Nonntal (siehe Grafik unten).



Quelle: openstreetmap.org



Quelle: openstreetmap.org

Lageplan

ARGEkultur

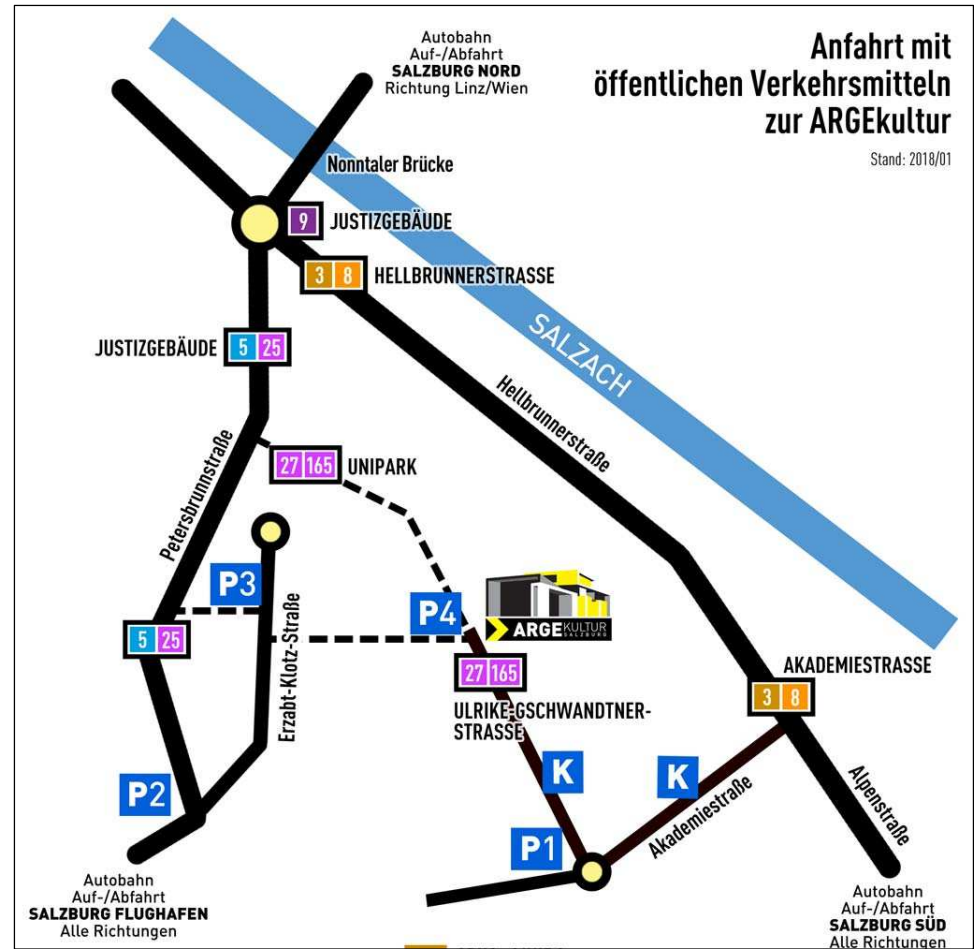
Ulrike-Gschwandtner-Straße 5, 5020 Salzburg

Einen detaillierten Anreiseplan finden Sie auf den nachfolgenden Seiten

Fahrplanauskunft:

<https://fahrplan.salzburg-verkehr.at/>

Google-Maps Routenplaner zur ARGEkultur:



Quelle: <https://www.argekultur.at/service/anfahrt.aspx>

Anreise vom Hotel Motel One bzw. vom Hbf. Salzburg

ARGEkultur

Ulrike-Gschwandtner-Straße 5, 5020 Salzburg

Vom **Hotel:**

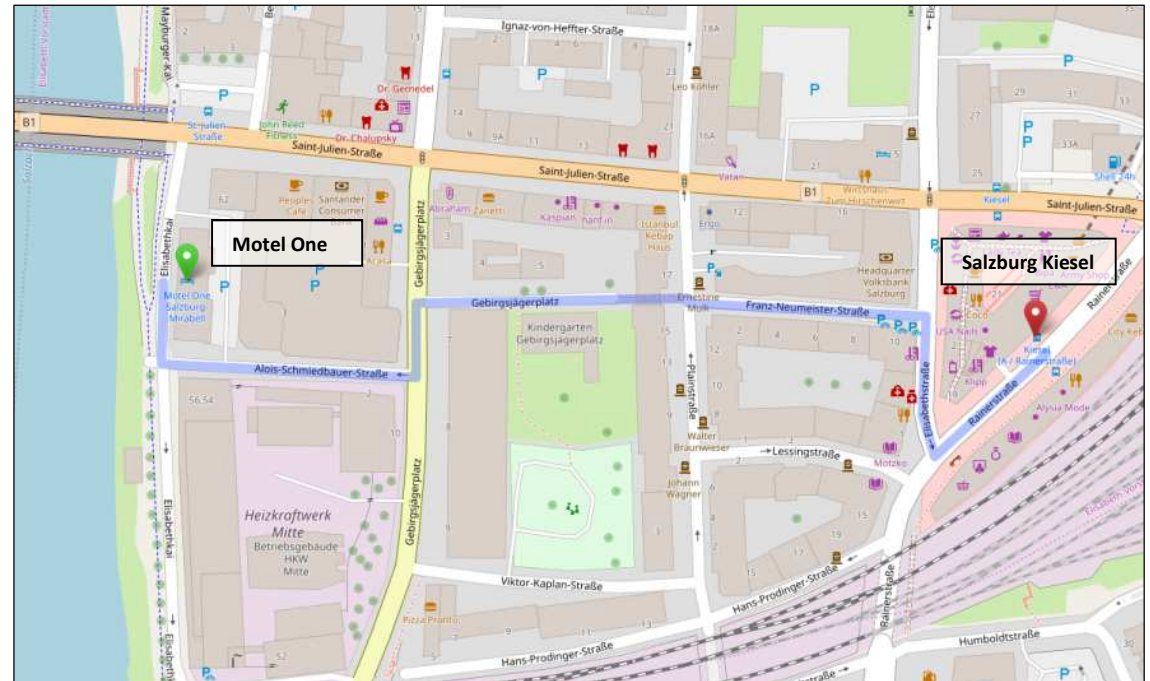
Ca. 8 Minuten Fußweg bis zur Busstation „Salzburg Kiesel“ (siehe Grafik rechts).

Dann weiter mit dem Bus (**Linie 3, 5, 6, 25**) bis zur Station „Salzburg Justizgebäude“.

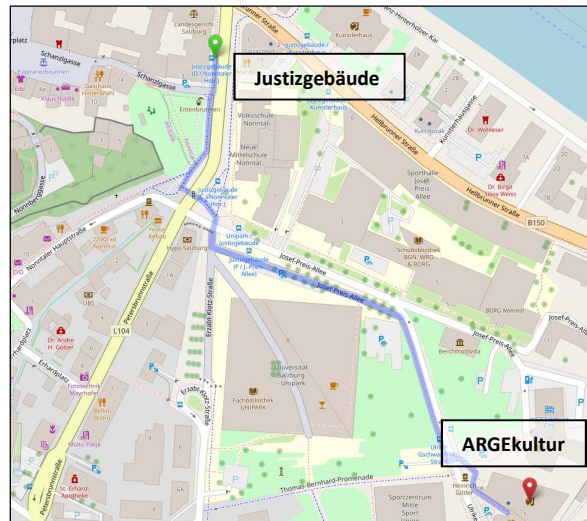
Vom **Hbf. Salzburg:**

Mit dem Bus (**Linie 3, 5, 6, 25**) bis zur Station „Salzburg Justizgebäude“.

Von der Station „Salzburg Justizgebäude“ ca. 5 Minuten Fußweg bis zur ARGEkultur (siehe Grafik unten).



Quelle: openstreetmap.org



Quelle: openstreetmap.org

Anreise vom Hotel Star Inn

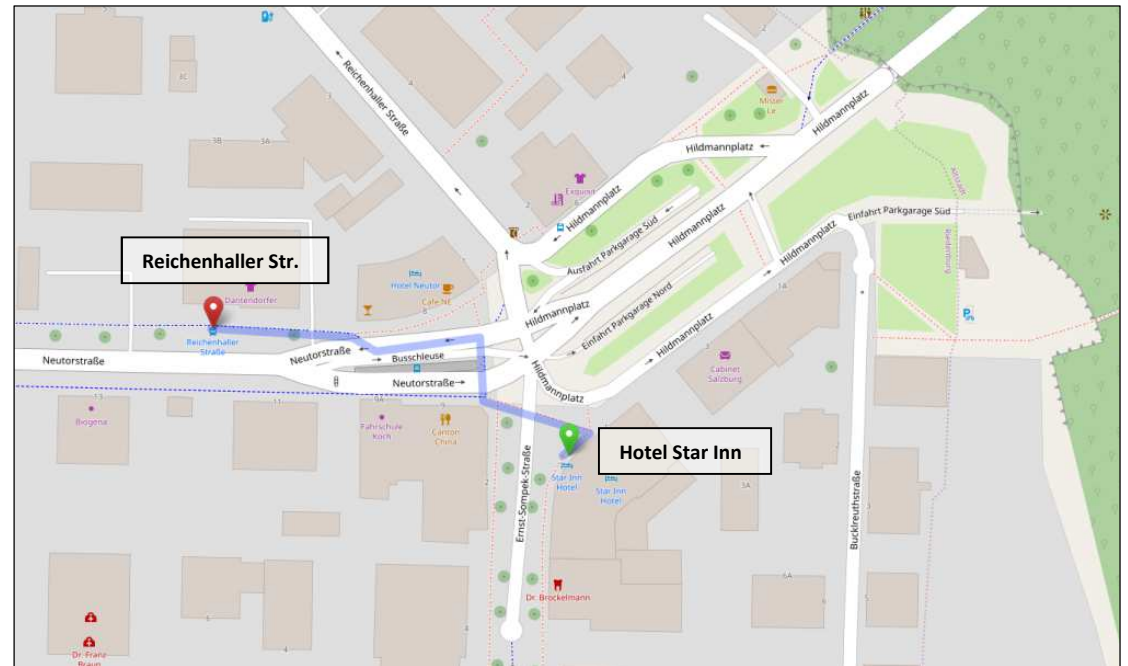
ARGEkultur

Ulrike-Gschwandtner-Straße 5, 5020 Salzburg

Vom Hotel in Richtung Norden zum Hildmannplatz, links abbiegen auf die Neutorstraße bis zur Station „**Salzburg Reichenhaller Straße**“ (siehe Grafik rechts).

Mit der **Buslinie 8 oder 10** bis zur Station „**Salzburg Justizgebäude**“.

Von dort ca. 5 Minuten Fußweg bis zur ARGEkultur (siehe Grafik unten).



Quelle: openstreetmap.org

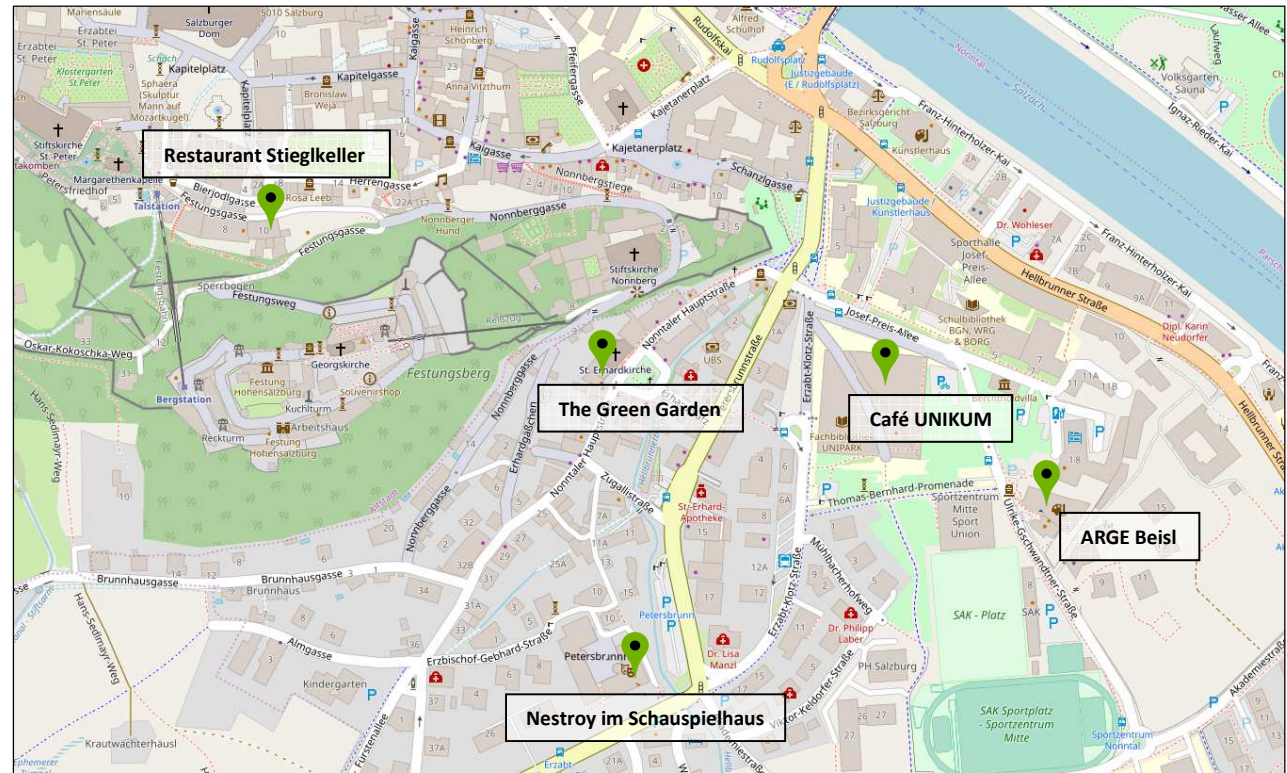


Quelle: openstreetmap.org

Restaurantempfehlungen

in der Nähe des Unipark Nonntal bzw. der ARGEkultur

- **Café und Bistro UNIKUM**
Café UNIKUMSKY
Erzabt-Klotz-Straße 1, 5020 Salzburg
- **ARGE Beisl**
Ulrike-Gschwandtner-Straße 5, 5020 Salzburg
- **The Green Garden**
(vegetarisch & vegan)
Nonntaler Hauptstraße 16, 5020 Salzburg
- **Restaurant Stieglkeller**
(Österreichische Küche)
Festungsgasse 10, 5020 Salzburg
- **Nestroy im Schauspielhaus**
(Österreichische Küche)
Erzabt-Klotz-Straße 22, 5020 Salzburg



Quelle: openstreetmap.org